

DIE WELTWOCHEN

«Rechtspopulisten»

Linke Themen in rechter Hand

Ob Donald Trump, Front national oder die FPÖ: Die politischen Aufsteiger der Stunde werden als «Rechtspopulisten» abgetan. Ein Blick in die Parteiprogramme zeigt: Es steckt ziemlich viel Sozialismus im Rechtspopulismus.

• Peter Keller

In Österreich ist der Rechtspopulismus auf einen Gehstock angewiesen. Bei einem schweren Unfall mit einem Paragleiter hatte sich Norbert Hofer so sehr an seiner Wirbelsäule verletzt, dass er vorübergehend gelähmt war. Aber der 45-Jährige hat sich ins Leben zurückgekämpft und am Sonntag beinahe die politische Sensation geschafft: In der Stichwahl um die Präsidentschaft Österreichs wurde Hofer nur um ein paar tausend Stimmen vom grünen Gegenkandidaten geschlagen.

«Soziale Heimatpartei»

«Rechtspopulismus» lautet die gängige Formel, um jenen Parteien und Politikern - beizukommen, die von Ungarn bis Frankreich auf dem Vormarsch sind. So genau kann allerdings niemand definieren, was darunter zu verstehen ist. Die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung erkennt «eine bunte Mischung» von Rechtsaußenparteien in Europa, die Islamfeindlichkeit und EU-Skepsis verbinde. Hauptwesensmerkmal des Populismus sei seine Anti-Establishment-Orientierung: «Die da oben, wir hier unten».

Doch das Etikett «Rechtspopulismus» greift zu kurz. Ein Blick in die Programme der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) oder des französischen Front national (FN) zeigt: Diese Parteien verfolgen eine zutiefst linke Agenda. Die Freiheitlichen werben mit dem Slogan «FPÖ – die soziale Heimatpartei». Die Partei ist patriotisch und betont ihre fürsorgliche Seite: Sie bekennt sich zu den «Prinzipien der

Marktwirtschaft» und zur «sozialen Gerechtigkeit», man ist leistungsorientiert und sozial – und grenzt sich damit gegen die Linken ab: «Wir belohnen ehrliche Arbeit – die SPÖ das Nichtstun.»

Parteichef Heinz-Christian Strache versprach auf einem seiner Plakate «Soziale - Sicherheit für unsere Leut'» – aber eben nicht für die ganze Welt. Auch die Kritik an Brüssel wird mit linker Rhetorik angereichert: «Soziale Wärme statt EU für Konzerne». Hauptverantwortlich für das neue Parteiprogramm war Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer. Er ist es, der die soziale Komponente betont, diese aber national abgrenzt. Man kritisiert die «ausufernde Globalisierung», das Lohndumping, den Sozialtourismus und das Diktat der internationalen Finanzmärkte. «Wir wollen vielmehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in allen Mitgliedstaaten und stehen deshalb für den Erhalt unserer nationalstaatlichen, gewachsenen Solidarsysteme und unserer sozialen Netze. Umverteilungsmechanismen zu Lasten der Österreicher wollen wir abstellen.»

Le Pen will den starken Staat

Wie die FPÖ betont auch der Front national seine soziale Ader, nur haben das eigene Land, die eigene Bevölkerung Priorität. FN-Chefin Marine Le Pen will einen starken Staat, den sie gleichsam mit dem Wesen der französischen Nation gleichsetzt. Dieser «Etat fort» habe das Land erst geeinigt und allen Bildung, Sicherheit und eine gute Grundversorgung («services publics de qualité») ermöglicht. Die Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen formte den Front national zu einer linken Rechtspartei, die der «Pro Service public»-Initiative oder dem Spekulationsverbot für Lebensmittel genauso zugestimmt hätte wie der konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer.

Mit dem Vorwurf des Populismus kann Marine Le Pen wenig anfangen. «Der Begriff soll uns als unseriös, verrückt abtun. Aber ich bin damit einverstanden, wenn Populismus <Regierung durch das Volk und für das Volk> meint», sagte sie 2013 dem deutschen Magazin *Cicero*.

«Der Front national steht für die Nation und gegen die Globalisierung ein. Das ist weder rechts noch links.» Oder eben beides.

Ähnlich schwierig ist es, den republikanischen Präsidentschaftsanwärter Donald Trump politisch festzulegen. Die meisten linken Leitmedien sehen in ihm einen Rechtspopulisten und vulgären Wiedergänger George W. Bushs – was aber wenig zu dem passt, was er in den letzten Monaten von sich gegeben hat. Die Nato hält er für «überflüssig», und er möchte die USA auch nicht mehr als «Weltpolizisten» sehen, wenn irgendwo ein Diktator verrücktspiele und man im Westen meine, dass der bedrängten Bevölkerung geholfen werden müsse. Er wolle «raus aus dem Business», anderen Staaten die Demokratie beizubringen. Genau solche Statements tragen ihm

die totale Ablehnung des republikanischen Establishments rund um Bush und Romney ein, das für tiefe Steuern, Freihandel und eine starke Aussenpolitik der USA steht.

Trump hat kein Problem mit Mindestlöhnen, Obamas neue Gesundheitsversicherung will er beibehalten, und wenn er darüber redet, wie er amerikanische Arbeitsplätze sichern will, klingt er wie ein Gewerkschafter. Etwas verdattert titelte *20 Minuten* vor ein paar Tagen: «Trump attackiert Clinton – von links.» Die Demokratin werde völlig von der Wall Street kontrolliert, so Trump. Diese Hedge-Fund-Typen würden ein Vermögen machen – und keine Steuern zahlen. «Das ist doch einfach lächerlich.» Zurück zu Europa. Die dänische Folkeparti, die ebenfalls landläufig als «rechtspopulistisch» verschrien wird, propagiert den Wohlfahrtsstaat, wie dies die traditionell starken sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien auch tun – mit einem gewichtigen Unterschied: Man grenzt sich ab gegen die Zuwanderung in den Sozialstaat. Der Kuchen, den es zu verteilen gilt, ist nicht beliebig gross. Das spürt die Bevölkerung, und darin liegt der tiefere Grund für die Krise der europäischen Sozialdemokratie: Sie will die ganze Welt versorgen und vergisst die eigenen Leute. Dass in der Schweiz ein Wirtschaftsflüchtling, wenn er es geschickt genug anstellt, am Ende mehr im Monat bekommt als ein AHV-Rentner, der ein Leben lang gearbeitet und seine Beiträge gezahlt hat, untergräbt das Vertrauen in die linken Volksparteien.

SVP mit wirtschaftsliberalen Positionen

In Dänemark, Frankreich, Österreich und anderen Ländern stehen Parteien bereit, diese enttäuschte Wählerschaft zu übernehmen – mit ihrer Mischung aus linkem Rechtspopulismus. Anders sind die italienische Lega Nord, die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders oder auch die Schweizerische Volkspartei aufgestellt: Sie halten weitgehend an ihren wirtschaftsliberalen Positionen fest, wobei etwa in der SVP der protektionistische Flügel nicht nur im Bereich der Landwirtschaft immer wieder mal durchbricht – zuletzt mit der Unterstützung der «Pro Service public»-Initiative durch einzelne Kantonalsektionen. Linker Rechtspopulismus in der Schweiz ist wohl am ehesten der Lega dei Ticinesi zuzuschreiben, die sich für eine Einheitskrankenkasse im Tessin aussprach und einen kantonalen Mindestlohn befürwortet.

Historisch gesehen ist das Gemenge aus sozialer und nationaler Politik nicht neu. Was die Linke bis heute gerne verdrängt: Die Anfänge des Faschismus liegen im Sozialismus. Benito Mussolini revoltierte von ganz links gegen das «System». Auch für den Aufstieg der NSDAP war der Sozialismus massgebend. Das Kürzel Nazi verschleiert – bewusst oder unbewusst – die politischen Wurzeln des Dritten Reiches. Man verstand sich als sozialistische Arbeiterpartei und als deutsche Volksgemeinschaft, wie der Historiker Götz Aly in einer grossen Studie aufzeigte:

«Hitler sprach vom <Aufbau des sozialen Volksstaats>, eines <Sozialstaats>, der vorbildlich sein werde und in dem <alle [sozialen] Schranken immer mehr einzureissen> seien.» Mit einer wesentlichen Einschränkung: Das völkische Gleichheitsversprechen schloss die Juden und andere Minderheiten aus.

Interessant ist, dass sowohl die NSDAP wie die italienische Faschistenpartei von links nach rechts rückten, bis sie in eine mörderische Diktatur kippten. Parteien wie der Front national oder die FPÖ gehen den umgekehrten Weg: Sie wenden sich immer mehr linken Anliegen zu, sie sind globalisierungskritisch, versuchen, mit protektionistischen Mitteln die heimische Wirtschaft zu schützen, stehen für den Sozialstaat.

Man macht es sich allerdings zu leicht, diese Parteien nun als verkappte Nationalsozialisten zu brandmarken, die nur darauf warten, ein autoritäres Regime einzurichten. Was die linken und die liberalen Rechtspopulisten in Europa verbindet, ist ihre Abneigung gegen die EU, die sich immer stärker in die nationale Politik einmischt. Sie pochen auf die Souveränität der Staaten und damit auf die Volksrechte der Bürgerinnen und Bürger. Die etablierten Parteien würden sich besser auf diese demokratischen Konkurrenten einstellen – sonst gehen sie unter.